



BERICHT AUS BERLIN

16. Mai 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie schon in den vergangenen Wochen wurde die Zukunft des Euro und die Hilfen an Portugal und Griechenland auch in dieser Woche im Bundestag - und der Öffentlichkeit - ausführlich diskutiert.

Von vielen Seiten wird uns vorgeworfen, dass wir uns mit den Rettungspaketen in eine Transferunion hineinbewegen. Das ist falsch - denn wir haben diese Transferunion schon lange. Wir zahlen Strukturmittel für ärmere EU-Mitglieder, wir haben die Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus ärmeren EU-Ländern. Das heißt, alle Probleme in Griechenland werden mit oder ohne Euro-Rettungsschirm auch unsere Probleme. Deswegen müssen wir dafür sorgen, dass wir für unser Geld eine Gegenleistung in Form von besserer Politik erhalten. Das beginnt sehr langsam zu funktionieren - aber wir müssen am Ball bleiben in Griechenland, Portugal und anderswo.

Ihr

MEINE WOCHE

Am vergangenen Montag konnten wir Prof. Dr. Hans-Werner Sinn, den Präsidenten des IFO-Instituts, im Rahmen des von mir mit organisierten „2009er-Kreises“ für einen Vortrag zum Thema „Europa in der Krise“ gewinnen. Ich bin zwar in vielen Punkten anderer Meinung als Professor Sinn - spannend war es trotzdem. Am Donnerstag habe ich dann auf der „Fonds Insights“ Tagung in Berlin einen Vortrag zur Finanzpolitik gehalten.

PROJEKTE / GESETZE

Diese Woche habe ich mich intensiv um das Thema Solvency II gekümmert. Bei der Solvency-II-Richtlinie geht es um die Regulierung für die europäischen Versicherer und um die neue europäische Versicherungsaufsicht.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt war der Vorschlag der Europäischen Kommission zur Verwirklichung des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums (SEPA). Ziel dieses Vorschlags sind einheitliche Überweisungs- und Lastschriftverfahren in Europa. Sie haben sicherlich davon gehört, dass wir deswegen zum Beispiel längere Kontonummern bekommen sollen. Grundsätzlich begrüße ich diesen Vorschlag. Wichtig ist aber, und darauf habe ich auch in meiner Rede dazu in dieser Woche hingewiesen, dass die Rechte der Verbraucher durch die anstehenden Änderungen nicht verschlechtert werden. So soll sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass der Wechsel auf die neuen Verfahren möglichst unbürokratisch erfolgt. Dazu müssen die Bankkunden besser als bisher über die anstehenden Änderungen informiert werden.

KOPF DER WOCHE

Dr. Christoph Laroque. Der Unternehmer aus dem benachbarten Paderborn war in dieser Woche mein Gast als Teilnehmer des Know-how-Transfers der Wirtschaftsunioren Deutschlands

